ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gäfgen, Gérard

Working Paper

Politische Ökonomie und Lehre von der Wirtschaftspolitik: Zur Realisierbarkeit wirtschaftspolitischer Vorschläge

Diskussionsbeiträge, No. 69

Provided in Cooperation with:
Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Gäfgen, Gérard (1975) : Politische Ökonomie und Lehre von der Wirtschaftspolitik: Zur Realisierbarkeit wirtschaftspolitischer Vorschläge, Diskussionsbeiträge, No. 69, Universität Konstanz, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Konstanz

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/78126

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

FACHBEREICH WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
UNIVERSITÄT KONSTANZ

Nr 69

POLITISCHE ÖKONOMIE UND LEHRE VON DER WIRTSCHAFTSPOLITIK: ZUR REALISIERBARKEIT WIRTSCHAFTSPOLITISCHER VORSCHLÄGE

Gérard Gäfgen

DISKUSSIONSBEITRÄGE

wrc
10
i
d48-69

D-775 Konstanz
Postfach 733

Nr. 69

320 POLITISCHE ÖKONOMIE UND
LEHRE VON DER WIRTSCHAFTSPOLITIK:
ZUR REALISIERBARKEIT
WIRTSCHAFTSPOLITISCHER VORSCHLÄGE

100°

Gérard Gäfgen

September 1975

451 Diskussionsbeiträge/
~~des~~ Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften
der Universität Konstanz ; 69

POLITISCHE ÖKONOMIE UND LEHRE VON DER WIRTSCHAFTSPOLITIK: ZUR REALISIERBARKEIT WIRTSCHAFTSPOLITISCHER VORSCHLÄGE.

1. Die Ergänzungsbedürftigkeit der theoretischen Wirtschaftspolitik.

Die von vielen Beobachtern festgestellte Renaissance der politischen Ökonomien verschiedenster Observanz und Intention [1] wirft unter anderem die Frage auf, in welchem Verhältnis diese Bestrebungen zur Theorie der Wirtschaftspolitik verstanden als eine Kunstlehre angewandter positiver Ökonomie stehen, insbesondere, ob sie die Theorie der Wirtschaftspolitik ergänzen, verändern oder verdrängen. Vom Standpunkt der Theorie der Wirtschaftspolitik stellt sich als Einfallstor dieser Bestrebungen die Leerstelle in der Kunstlehre von der Wirtschaftspolitik dar, welche für das entscheidende und Instrumente handhabende Subjekt dieser Politik steht. Vielfach wird diese Leerstelle zwar überdeckt durch Erwägungen über die verschiedenen Träger der Wirtschaftspolitik und deren denkbare Koordination; auch damit ist jedoch kein spezifischer Adressat der Kunstlehre angesprochen, vielmehr bleibt dieser fiktiv und damit die Durchführbarkeit von Gestaltungsvorstellungen der theoretischen Wirtschaftspolitik in der politischen Praxis ungeklärt. Da hilft es denn auch nicht viel, wenn postuliert wird, es mögen die einschlägigen Restriktionen in Gestalt einer zusätzlichen "feasibility frontier" nach dem Vorbild der Samuelsonschen Version der Wohlfahrtsökonomik berücksichtigt werden, da über Art und Gestalt diese Einschränkungen nichts weiter gesagt wird.

Wenn demgegenüber die hier gemeinten Versionen von politischer Ökonomie es ermöglichen, die Durchführbarkeit von Vorschlägen zu prüfen, so liegt dies daran, daß sie die gegenseitige Abhängigkeit ökonomischer und politisch-gesellschaftlicher Faktoren mehr oder minder weitgehend berücksichtigen. Damit führen sie nämlich nicht nur zu realistischeren Aussagen über die Auswirkungen von Maßnahmen, als sie bei dem oft zu engen Datenkranz der ökonomischen Theorie zustandekommen, sondern auch zu Erkenntnissen über das Schicksal von wirtschaftspolitischen Programmen angesichts politischer Konstellationen und gesellschaftlicher Strukturen, welche in diesen Programmen selbst als gegeben hingenommen werden. Aus solchen Erkenntnissen mögen sich dann des weiteren Vorschläge institutioneller Reformen ergeben, wie sie für politische Ökonomie seit der Zeit der ökonomischen Klassiker stets charakteristisch waren. Solche Verbesserungsvorschläge haben nun zwangsläufig eine normative Grundlage; nicht umsonst wird auch diese normative Komponente

als Kennzeichen politischer Ökonomie angesehen [2], will diese doch politisch wirksam sein und entsteht sie vielfach aus dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach einem Wissen, welches die Möglichkeiten der positiven Ökonomie übersteigt. Über der hierdurch bewirkten Anfälligkeit der politischen Ökonomie für vulgäre Deutungskunst, einseitige Ideologien und schieren Utopismus sollte nicht vergessen werden, daß ihre normative Orientierung ebenso wie ihre Berücksichtigung vielfältiger Zusammenhänge die Ableitung von erwünschten und realisierbaren Zielen erleichtern kann, worin ein weiterer Beitrag zu einer brauchbaren wirtschaftspolitischen Programmatik zu sehen ist.

Wer die Verantwortung des Ökonomen gegenüber der Gesellschaft betont und den Nutzen der Ökonomie für die praktische Wirtschaftspolitik im Auge hat [3], kann an den Schwächen der bisherigen Lehre von der Wirtschaftspolitik und an dem potentiellen Beitrag der politischen Ökonomie nicht vorbeigehen. Nicht nur die immanente Begrenzung der Aussagen wissenschaftlicher Wirtschaftspolitik spricht hierfür, sondern auch die Erfahrungen über das Verhältnis wissenschaftlicher Gremien zu wirtschaftspolitischen Instanzen. Kein Wunder, daß ein Gutteil der politökonomischen Literatur aus dem Themenkreis der Politikberatung stammt, sei es, daß er der Praxis von Beratungsgremien entwächst, sei es, daß er von wissenschaftstheoretischen Erwägungen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik her zu mehr institutionellen Fragen gelangt. Eien Systematisierung kann man in den Bestrebungen der "Policy Science" erblicken, welche sich grundsätzlich in den Dienst verbesserter Entscheidungsfindung stellt. Nur von diesen Bestrebungen her aber würde das Problem zu eng gesehen, da mögliche Beschränkungen aus divergierenden Interessen, ja aus den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen heraus mit einzubeziehen sind. Diese können in begrenzter Weise mit Hilfe von positiven Theorien über politische Teilprozesse aufgestellt werden, auch wenn diese mit den Mitteln der ökonomischen Theoriebildung gewonnen wurden, wie in der sogenannten Neuen Politischen Ökonomie. Oft muß aber der Erklärungszusammenhang weiter gesteckt werden bis zu allgemeinen Analysen der Wirtschaftsgesellschaft, wie man sie in der marxistischen politischen Ökonomie, aber auch bei unorthodoxen neo-institutionalistischen Analytikern der zeitgenössischen Gesellschaft findet.

In unserem Zusammenhang kommt es nicht auf eine Darstellung dieser sehr unterschiedlichen Richtungen und auf mögliche Beiträge verschie-

dener Betrachtungsweisen oder Teildisziplinen [4] an; es genügt, wenn wir diejenigen Betrachtungsweisen kurz angedeutet haben, welche die Frage der Durchführbarkeit wirtschaftspolitischer Vorschläge zu erhellen versprechen. Wie weit dieser Anspruch gerechtfertigt ist, wird sich zeigen, wenn man genauer ableitet, welche Art von Wissen erforderlich ist, um realisierbare, zielwirksame und erwünschte Maßnahmen zu konstruieren. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wollen wir dieses Problem in Abstufungen behandeln, indem wir die Anforderungen an Maßnahmen nach und nach erweitern: Zuerst soll nur gefordert werden, daß die Maßnahmewirkungen auch faktisch realisiert werden können (empirische Realisierbarkeit der Zielerreichung); dann zusätzlich, daß die Maßnahmen auch von den Inhabern der instrumentellen Kompetenzen adoptiert werden (politische Durchsetzbarkeit der Maßnahmen); des weiteren soll dann bei auf lange Sicht fehlender politischer Durchsetzbarkeit durch komplementäre Maßnahmen, zumeist im institutionellen Bereich, die Zielerreichung doch noch ermöglicht werden (gesellschaftliche Gestaltbarkeit). Diese nicht immer streng einzuhaltenden Abstufungen bedeuten ein Hinausschieben des Erklärungsfeldes und eine Prüfung von immer grundsätzlicheren Einschränkungen, welche der Realisierung gegebener Ziele entgegenstehen können. Schließlich muß noch die Setzung dieser Zielmaßstäbe selbst in Frage gestellt werden, wenn sich Möglichkeiten zu einer kritischen Prüfung der unterstellten Normen und Werte ergeben; Maßnahmen, welche nachweislich auf kurzschlüssig unterstellten, nicht annehmbaren Wertungen beruhen, mögen zwar realisierbar sein, sie werden jedoch gar nicht erst das Stadium des Vorschlages erreichen (normative Akzeptabilität).

2. Die empirische Realisierbarkeit der Zielerreichung.

Die Theorie der Wirtschaftspolitik setzt im allgemeinen voraus, daß die Daten eines Entscheidungsproblems vorgegeben und damit der Spielraum dessen, was überhaupt machbar ist, abgegrenzt ist. In ihren stark formalisierten Teilen, wie Anwendungen von Entscheidungsmodellen bis hin zur Kontrolltheorie, lassen sich dabei gesetzte Werte und als empirisch gültig behauptete Restriktionen (auch wenn sie mathematisch manchmal die gleiche Form annehmen) voneinander trennen. Daß damit das von den Anhängern einer gesellschaftlichen Totalanalyse gemeinte Feld sämtlicher "objektiver gesellschaftlicher Möglichkeiten" abgesteckt sei, wird niemand behaupten wollen. Es wäre aber ebenso falsch anzunehmen, daß die Einschränkungen der Entscheidungsmodelle nur ein Feld von schon bisher

erprobten Alternativen eingrenzen. Vielmehr ergeben sich die Alternativprognosen von Maßnahmewirkungen aus dem Zusammenspiel von nomologischem Wissen (das nicht auf raumzeitliche oder sonstige Gültigkeitsbereiche eingeschränkt ist) mit Informationen über die jeweils gegebene historische Situation [5]. Nur wenn ein Wissenschaftsprogramm in der bloßen Anpassung von Verhaltenskoeffizienten an fortgeführte Zeitreihen besteht, schleppt es die Last der bloßen Empirie mit sich und verkennt somit möglicherweise weitergehende Handlungsspielräume. Grundsätzlich behauptet die theoretische Wirtschaftspolitik jeweils die Bewährung wirtschaftspolitischer Alternativen unter explizit gemachten Gesichtspunkten (in Form von Zielvariablen, Zielfunktionen, Entscheidungskriterien usw.). Reformvorschläge für die Wirtschaftsordnung oder die Konstruktion wirtschaftspolitischer Konzeptionen im Sinne von mittelfristigen Programmen, welche auch Änderungen an der Gesamtordnung implizieren, können beispielsweise als solche Behauptungen über bestimmte Wirkungen alternativer Maßnahmekomplexe angesehen werden. Daß die Daten eines gestellten Problems unter einem anderen Gesichtswinkel als instrumentell handhabbar und damit aufhebbar erscheinen können, bedeutet nicht, daß es sich bei den Beschränkungen stets nur um von Menschen gemachte Zwänge handelt, denn sonst könnte man ja durch solche Aufhebungen immer schließlich zur Machbarkeit beliebiger Sozialzustände gelangen.Wie groß die Veränderungen von Parametern oder Ordnungsbestandteilen sein können, um noch die Verwertung theoretischen Wissens zuzulassen, läßt sich nur von Fall zu Fall sagen; wo nur bruchstückhafte Theorien vorliegen, greift das Experiment und die ad hoc-Erfahrung Platz - und manches spricht für eine vorwiegend instrumentell-experimentelle Auffassung von wissenschaftlicher Wirtschaftspolitik [6], die allerdings den Spielraum dessen, was als jeweils realisierbar gilt, erst im Zuge des Handelns selbst ausweitet.

Im Gegensatz hierzu können umfangreiche Entscheidungsmodelle, die auf dürftiger theoretischer Basis komplexe Zusammenhänge rekonstruieren, auch eine Machbarkeit vorspiegeln, die faktisch nicht gegeben ist. Das zentrale Paradigma der quantitativen Wirtschaftspolitik, die Optimierung eines Instrumentenvektors bzw. seines Zeitpfades durch Maximierung einer Zielfunktion unter den Nebenbedingungen eines umfangreichen und eventuell dynamischen Entscheidungsmodells, bietet ein gutes Beispiel hierfür. Es setzt vollkommene Information oder sehr spezielle Typen unvollkommener Information, welche beim einzigen zentralen Subjekt der Politik

konzentriert ist, voraus und schafft so ein Analogen zu einer eindeutig zu steuernden Maschienerie. Obwohl die mikroökonomische Theorie, z. B. durch Berücksichtigung von Lernprozessen, diese Sicht ebenso überwunden hat wie die Ordnungstheorie, in welcher verschiedene Formen strategischen Handelns mehrerer Träger von Informationen und Instrumenten geradezu als Merkmale verschiedener Wirtschaftsordnungen angesehen werden [7], besteht in vielen Bereichen der theoretischen Wirtschaftspolitik und in der Wirtschaftspraxis der keynesianisch inspirierten Globalsteuerung diese Vorstellung fort. Das Versagen des konstrukivistischen Rationalismus gerade in der jüngeren Praxis der Konjunkturpolitik, auf das Ernst Heuss zu Recht hingewiesen hat [8], wird dabei oft nicht auf falsche Vorstellungen über unsere Erkenntnisse vom Zusammenhang zwischen Instrument- und Zielgrößen zurückgeführt, sondern auf fehlenden Instrumenteneinsatz oder vor allem mangelnde instrumentelle Kompetenzen. Die Folgerung, daß also noch mehr getan werden müsse, kann in Einzelfall durchaus richtig sein, hat doch die Theorie der Wirtschaftspolitik die Logik instrumenteller Defizienz, z. B. einer zu geringen Anzahl von Instrumentvariablen, sorgfältig analyisert. Als generelle Haltung führt das "Machertum" sich jedoch selbst ad absurdum, da es eine Kette von Fehlschlägen mit einer scheinbaren Vereinfachung der komplexen Sachlage beantwortet, indem es immer mehr Variable zu Aktionsparametern macht, statt die Informationen über Instrumentwirkungen zu verbessern. Vollkommen kann aber gerade diese Information nie werden, da Wirtschaftssubjekte das Handeln der politischen Instanz zu antizipieren suchen und da sich in der Gesellschaft ständig neues Wissen entwickelt und verbreitet, das begriffsnotwendig nicht vorhersehbar ist. Technokratische Steuerung einer sozialen Maschinerie müßte daher, um wirksam zu sein, den Wissensfortschritt geradezu abstellen [9].

Politische Ökonomie, soweit sie Ideologiekritik impliziert, trägt zur Aufdeckung solcher Fehlinterpretationen der Realisierbarkeit von Zielen bei. Sie vermag aber auch zu einer schrittweisen und partiellen Verbesserung der informationellen Grundlagen der Steuerung, welche an die Stelle extensiver Vorstellungen von Machbarkeit tritt, beizutragen, indem sie die Grenzen der konventionell als "ökonomisch" angesehenen Zusammenhänge überschreitet. Was die hier bisher behandelten Realisierungsbedingungen von Zielerreichung angeht, so ist vor allem zu beachten, daß die Umsetzung von Maßnahmevorschlägen in die Praxis die analytischen Voraussetzungen ändern kann, unter denen diese Vorschläge abgeleitet wurden, und zwar umso mehr, je länger die vorge-

schlagenen Eingriffe praktiziert werden. So hat der keynesianische Nachkriegskapitalismus die Wirtschaftsstruktur, insbesondere die Einstellungen und Verhaltensneigungen und die Einkommensschichtung, derart verändert, daß seine eigenen Rezepte nicht mehr so wirken wie beabsichtigt. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die Erwartungen ökonomischer Akteure in bezug auf die Wirtschaftspolitik selbst, z. B. der Tarifparteien in bezug auf die Vollbeschäftigungspolitik. Das ist beileibe kein Sonderfall, sondern beruht darauf, daß die Wirtschaftssubjekte selbst eine Modellvorstellung haben können, in welcher die Reaktionen politischer Instanzen auf die Wirtschaftslage endogenisiert sind; so kann man sich jedenfalls modellmäßig das Problem bei Unterstellung "rationaler Erwartungen" klar machen. In der Realität dürfte dieser Zusammenhang wesentlich lockerer sein und oft erst bei längeren Erfahrungen mit bestimmten Politiken einsetzen: Geldillusion wird durch eine länger anhaltende inflatorische Politik abgebaut, monetäre Innovationen entstehen in Reaktion auf sich wiederholende Formen restriktiver Geldpolitik. Neben den Koeffizienten des Entscheidungsmodells ändern sich durch Realisierung eines Eingriffes in mehr oder minder großem Grade aber sogar die Bewertungsgrundlagen, am deutlichsten bei gesellschaftlichen Großexperimenten. Sind Aktionen, welche Merkmale des Subjekts selbst - im Paradigma vertreten durch die Zielfunktion - verändern, schon für individuelles wirtschaftliches Handeln problematisch, so gilt dies a fortiori in der Gesamtwirtschaftspolitik. Die schwerwiegenden Weiterungen, die das für die Akkumulation von wirtschaftspolitischem Erfahrungswissen und für rationale Politik überhaupt hat, seien hier nicht weiter verfolgt.

Wenn Wirtschaftssubjekte sich nun schon auf erwartete wirtschaftspolitische Eingriffe einstellen, um wieviel eher sollte dies von der politischen Instanz selbst erwartet werden, die demnach einen Teil ihres eigenen Handelns als induziert ansehen muß, um die Wirkungen von autonom eingesetzten Instrumenten nicht falsch einzuschätzen. Das Problem ist formal bekannt aus der Erfolgs- und Wirkungsmessung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, bei der Sekundäreffekte durch induzierte Maßnahmen mitberücksichtigt werden müssen [10], hat aber noch weiterreichende Konsequenzen in Richtung einer Auffassung von Wirtschaftspolitik als strategisches Handeln bei gegenseitiger Antizipation von Politikinstanz und Wirtschaftssubjekten. Was in unserem Zusammenhang interessiert, ist die Art der Endogenisierung von Politikvariablen: Einschlägige Theorien beziehen sich auf Rückwirkungen der Wirtschaftslage auf das Geschehen

im "politischen" Bereich und fallen so in ein Hauptarbeitsgebiet der politischen Ökonomie. Als Beispiel für die Berücksichtigung politisch-ökonomischer Interdependenzen sei auf die älteren Theorien des politischen Konjunkturzyklus von Kalecki und Åkerman [11] verwiesen. Für ökonometrische Arbeiten ist die Verbindung eines Modells des Regierungsverhaltens, z. B. der Reaktion der Instrumentvariablen auf popularitätsbeeinflussende endogen-ökonomische Größen, charakteristisch [12]. Jedenfalls liegen auch "politometrischen" Schätzungen immer häufiger explizite Theorien über politisches Verhalten zugrunde, während bloße Regressionen von ökonomischen Einflußgrößen auf Politikvariable wie öffentliche Ausgaben an Bedeutung verlieren. Die Verbesserung durch Endogenisierung bisher exogener Größen bezieht sich auch auf die Schätzungsverfahren selbst, da Verzerrungen bei Simultanschätzungen, welche auf einer nicht berücksichtigten Rückwirkung über exogene Variable beruhen, vermieden werden. In bezug auf die Politikberatung entsteht eine etwas paradoxale Lage, da das Verhalten der zu beratenden Instanz ja im Modell schon abgebildet ist; doch ändert sich prinzipiell nichts daran, daß auch dieses Modell für Entscheidungszwecke genutzt werden kann; es muß dann ein anderer Adressat mit anderen Instrumenten und Zielen unterstellt werden, der auch der alte Adressat "Regierung" in einer anderen Rolle sein mag.

3. Die politische Durchsetzbarkeit von Maßnahmen.

Da ohnehin das Paradigma Optimierung einer Zielfunktion eine nur fiktive Instanz unterstellt, schafft die Verbesserung der Zielerreichungsprognosen durch Berücksichtigung bisher modellexogener Zusammenhänge in dieser Hinsicht keine neuen Schwierigkeiten. Der fiktive Charakter der unterstellten Instanz ergibt sich aus dem Idealcharakter der angenommenen gesellschaftlichen Zielfunktion, dem keine Zielvorstellung irgendeines realen Inhabers von Macht, d. h. hier instrumentellen Kompetenzen, entspricht. Auch in der wirtschaftspolitischen Beratung angenommene bloße Zielkataloge sind weder vollständig noch zutreffend für handelnde Instanzen, woraus sich der vielfache Mißerfolg wissenschaftlicher Berater erklärt. Das technokratische Ideal der Gesamtsteuerung muß also nicht nur hinsichtlich seiner Informationsannahmen aufgegeben werden, sondern auch hinsichtlich der Annahme einer gemeinwohlorientierten Zentralinstanz. Macht über die Instrumente, Wissen über ihre Wirkungen und Wille zum Guten fallen eben nicht an zentraler Stelle zusammen, so daß man das mikroökonomische Paradigma vom rationalen Individuum nicht auf das Wirken der gedachten politischen Instanz

übertragen kann, solange es sich nicht um einen wohlwollenden Despoten handelt. Der Verzicht auf das Paradigma gesamtgesellschaftlicher Maximierung, dessen Attraktivität sich zweifellos von dem Wunsch der Ökonomen herleitet, sich zu politischen Alternativen äußern zu können, führt dazu, daß Lösungsversuche des Arrowschen Problems der kollektiven Rationalität abgelöst werden durch Bemühungen um Theorien politischer Prozesse. Hier trifft sich die Kritik der Marxisten mit der der individualistischen politischen Theorie, etwa der von Buchanan, welche individualistische Grundpostulate im Bereich der Einigung auf grundlegende Institutionen bestehen läßt [13].

Ziele wie das einer gesamtwirtschaftlich effizienten Produktion lassen sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mit konkreten sozialen Gruppen identifizieren und werden daher von organisierten Interessen auch nicht verfolgt. Vorschläge aufgrund von Vorstellungen über die Wirkung von Instrumenten auf Ziele werden daher nur unter sehr restriktiven Bedingungen politisch durchsetzbar sein: 1) Die Ziele müssen ihrer Art und Gewichtung nach mit denen einer Instanz übereinstimmen; 2) diese Instanz muß über die unterstellten Instrumente verfügen; 3) es darf kein anderer Vorschlag vorliegen, der mehr oder wichtigere Ziele oder die gleichen Ziele in höherem Maße und/oder mit größerer Sicherheit zu erreichen erlaubt. Entscheidungsmodelle, die nicht auf diese Weise den Kompetenzbereich einer homogenen Instanz abdecken, sind in ihrer Beschreibung von Zielrealisierungsmöglichkeiten wertlos, beispielsweise die oft auch unter methodischen Gesichtspunkten fragwürdigen Welt-Modelle, denen keine Weltinstanz entspricht. Erfüllt man diese Bedingungen politischer Durchsetzbarkeit, so begibt man sich in die Position des völlig abhängigen Experten, der immerhin noch durch Vorformulierung von Problemen und Zielklärungsvorschlägen bedeutenden Einfluß haben mag. Auch wenn die Lösung nach außen so aussieht, als habe man im Vergleich zu einem ursprünglichen Ansatz mit Idealzielen nun "nur" zusätzlichen politischen Auflagen Rechnung getragen und so eine "zweitbeste" Lösung ermittelt, so ist dies doch gleichbedeutend mit der Akzeptierung der Ziele der Instanz. Die Beispiele verharmlosen zumeist das Problem, da sie nur Zusammenhänge zwischen wenigen Zielen berücksichtigen, z. B. Protektionismus als zweitbeste Lösung zur Verbesserung der Zahlungsbilanz und der Beschäftigung, wenn ein Land "aus politischen Gründen einen überbewerteten Wechselkurs halten muß oder eine allgemeine Arbeitslosigkeit nicht beseitigen kann" [14]. Bei vielen Problemen wird die Technik zweitbester Lösungen versagen, weil überhaupt ganz andere Ziele unterstellt

werden müssen, so etwa Ziele der Regierung, abgeleitet aus deren Einschätzung von Wählerinteressen. Dann mag sich herausstellen, daß Geldwertstabilität von der Mehrheit als öffentliches Gut niedriger eingeschätzt wird als gruppenspezifische Vorteile [15], daß bei zunehmendem Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung die Sicherung erreichter Einkommen vor besseren Chancen der Mobilität zwischen Einkommensschichten rangiert; daß Maßnahmen mit hohen Kosten in der Legislaturperiode und später liegenden Erträgen bei herrschenden Parteien unbeliebt sind. Derartige Hemmnisse bei der Zielverfolgung, z. B. in der Stabilisierungspolitik, resultieren hier nur aus der Interdependenz der politischen und der ökonomischen Sphäre; selbst wenn sie beseitigt werden könnten, blieben natürlich Hemmnisse im ökonomischen Bereich und im politischen Bereich, für sich genommen, bestehen, so z. B. die periodischen Anstöße im Rythmus der Legislaturperiode, die die "elektoral" verursachte Komponente konjunktureller Störungen ausmachen, oder lags und Rigiditäten, welche ökonomische Oszillationsvorgänge auch beim Einsatz von Stabilisierungsinstrumenten unvermeidlich machen.

Auch diese Erwägungen über Präferenzen von politischen Instanzen und deren Klienten und/oder Anhängern, insbesondere von Wählermehrheiten in Demokratien, gehen noch davon aus, daß Vorschläge entweder durchsetzbar sind oder nicht. Eine Variation der Vorschläge kann diese jedoch mehr oder minder akzeptabel für den Träger der Maßnahmen machen. Ansgesichts von Ungewißheiten über den Zielkomplex und die Maßnahmewirkungen beim potentiellen Auftraggeber und beim Experten kann man diese Gradfrage auffassen als eine Frage nach der Wahrscheinlichkeit, mit der eine Annahme des Vorschlages zu erwarten ist. Da diese durch Variation des Vorschlages beeinflußt werden kann, ergeben sich eigene Handlungsmöglichkeiten des Beraters; die mit der Anwendung von Wissenschaft in der Politik verknüpfte Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit wird zum Problem einer Betriebslehre der Politikberatung mit dem Berater als Handlungssubjekt. Nicht umsonst kann man beobachten, wie in der Literatur die Stellung des Beraters im politischen Gefüge und seine damit verbundene Wirksamkeit, oft im Dialog mit dem Adressaten, zunehmend Beachtung findet und zugleich mit den Methodenfragen verquickt wird [16]. Auch eröffnen sich hier wieder Möglichkeiten für eine ökonomische Theorie der Beratung, z. B. unter Annahme der Verhaltensmaxime der Maximierung des Beratungserfolges, operationalisiert als Annahmewahrscheinlichkeit oder ein Nutzenfunktional [17].

Die in Kunstlehren empfohlene Kenntnis der Kompetenzordnung der politischen Instanzen reicht also für die Umsetzung konzipierter Maßnahmen in die Praxis nicht aus, vielmehr ist zusätzlich die Kenntnis der auf Präferenzen und Informationen beruhenden Reaktionsweisen der Instanzen, ja schließlich noch der vom Berater selbst verfolgten Ziele erforderlich. Letzteres ist vor allem deshalb nötig, weil die Annahme eines Vorschlages vielleicht diesen Zielen weniger gut dient als seine Ablehnung, denn ein Vorschlag hat im politischen Raum Wirkungen jenseits seiner Akzeptanz für bestimmte Träger der Wirtschaftspolitik, beispielsweise propagandistische Wirkungen zugunsten von in ihm enthaltenen Ideen oder zugunsten der Urheber des Vorschlages. Denkt man die Frage der politischen Durchsetzbarkeit bis zur Konsequenz der Optimierung der Vorschlagsfolgen durch den Berater selbst durch, so ergibt sich ein gleichsam vermaschtes Modell, in welchem der Vorschlag Reaktionen der Politik hervorbringt, darunter auch Maßnahmen, die ihrerseits wiederum Wirkungen im politischen Raum[+)] haben. Denn selbstverständlich bleiben auch unsere obigen Erwägungen (aus Abschnitt 2) zu politischen Rückwirkungen der Wirtschaftslage miteinbezogen; namentlich bei dauerhaft wirksamen Maßnahmen ändert sich etwa die Interessenlage von Inhabern wirtschaftspolitischer Kompetenzen; so ändert sich vermutlich die Haltung des Finanzministers zur Inflation durch die Einführung einer Steuerindexierung. Die Vorstellungen über diese Zusammenhänge können bei den Beteiligten nur relativ vage sein; auch stellt sich die Frage, welchen Zielen der mit diesen Vorstellungen konfrontierte Experte verpflichtet ist, so daß er ihre Erreichung durch seinen Einfluß optimiert, nicht mit der gleichen Schärfe wie bei Postulierung einer gesamtwirtschaftlichen Zielfunktion, denn die Restriktionen des Beratungsmodells schränken ja den Einfluß dieser Ziele stark ein.

Die politische Durchsetzbarkeit kann nicht nur durch Variation der vorgeschlagenen Eingriffe erhöht werden, sondern auch durch zusätzlich vorgeschlagene Änderungen der Kompetenzordnung. Erweisen sich z. B. gewisse Instanzen als allzu abweisend gegenüber Vorschlägen, so würde sich dies ändern lassen durch Verlagerung der instrumentellen Zuständigkeit auf andere Instanzen oder durch Veränderung der präferenzprägenden Einflüsse, denen politische Instanzen beispielsweise durch ihre Verquickung mit Interessengruppierungen unterliegen. Eine Vorstufe zu solchen institutionellen Vorschlägen kann man darin erblicken, daß der Einsatz von Instrumenten solcher Maßnahmeträger angeraten wird,

+) und im wirtschaftlichen Bereich

die nicht unerwünschten Einflüssen unterliegen. Starke Wirkungen können von Veränderungen der Sanktionsmechanismen ausgehen, welche das Verhalten von Instanzen normieren, gleichgültig, ob die Aufgabenstellungen beibehalten oder neu geregelt werden. Im administrativen Bereich sind solche Anreize oft deshalb nur schwach ausgeprägt, weil die Maßnahmen für die ausführenden Akteure selbst keine positiven Ergebnisse abwerfen. Die Berechtigungen für Akteure im öffentlichen Bereich umfassen zwar dispositive Befugnisse, aber vielfach keine Ertragsrechte, so daß nach Ersatzlösungen gesucht werden muß, am deutlichsten beim Streben nach wirtschaftlicher Leistungserstellung bei öffentlichen Dienstleistungen [18]. Was beim Effizienzziel besonders deutlich ist, gilt aber auch für die Verpflichtung von zuständigen Akteuren auf andere Ziele, da man zunächst davon ausgehen kann, daß diese Akteure ihre eigenen Nutzenvorstellungen verfolgen (und zwar umso mehr nichtpekuniäre Nutzenkomponenten, je weniger ihnen die Verfolgung pekuniärer Interessen erlaubt ist). Ein wichtiges Interesse solcher Akteure ist etwa die Verbreitung von Aussagen, die sie von der Verantwortung für die von ihnen offiziell zu verfolgenden Ziele entlasten, z. B. Gegenhypothesen gegen in wissenschaftlichen Vorschlägen enthaltene Vorstellungen über Wirkungszusammenhänge, Hypothesen über instrumentelle Defizienzen, tendenziöse Lagedeutungen [19]. Erklärungen des Verhaltens nicht nur der Regierung oder der Parteien, sondern auch bürokratischer Instanzen sind für die Durchsetzungsproblematik umso wichtiger, je mehr Ermessensspielräume bei der Durchführung vorgeschlagener Maßnahmen bestehen und je weniger organisatorische Einzelheiten in den Maßnahmevorschlägen ausformuliert sind. Glücklicherweise werden die theoretischen Instrumente zur Analyse solchen Verhaltens in letzter Zeit rasch verfeinert und erweitert, beispielsweise in der Bürokratietheorie. Dadurch sollten auf die Dauer die Wirkungen institutioneller Veränderungen und damit auch deren Bedeutung für die Durchsetzung von Vorschlägen im politischen Raum besser erkennbar werden.

4. Die Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Zustände.

Sicher unterliegen auch die zuletzt erwähnten Veränderungen von Institutionen Beschränkungen, die sich vor allem darin äußern, daß durch solche Veränderungen erzielte Wirkungen mit Kosten in Form von Zieleinbußen erkauft werden müssen, wodurch im Extremfall die positiven Wirkungen weitgehend kompensiert werden können. Es mag daher sein, daß die Analyse der Durchsetzbarkeit innerhalb bestehender politischer

Institutionen noch zu partiell ist, da auch ein positives Ergebnis dieser Analyse nicht ausschließt, daß die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen Gegenkräfte mobilisert, welche die Maßnahmewirkungen letztlich durchkreuzen. In einem gewissen Sinne war dann die feasiblility-Prüfung nur mit "Oberflächenphänomenen" befaßt, die ihrerseits auf grundlegendere soziale Tatbestände zurückgeführt werdenn können. Beziehungen zwischen einzelnen Subsystemen oder Teilbereichen der Gesellschaft, wie "Wirtschaft" und "Politik", genügen dann zur Erklärung nicht mehr, vielmehr muß in weitere gesellschaftliche Zusammenhänge ausgegriffen werden. Ob man diesen Zusammenhängen nur mit einer "systemaren" Betrachtungsweise Rechnung tragen kann, bleibe hier einmal offen. Jedenfalls sind Ableitungen von Nichtmachbarkeiten aus Systemeigenschaften die prägnantesten Beispiele; man kann hier diesen Typ von Betrachtungsweisen sehr weit fassen, so daß er sowohl Böhm-Bawerks alte These umfaßt, nach der der Reallohn auf die Dauer nicht über das Niveau des Konkurrenzlohnes erhöht werden kann, als auch die marxistische These von der Unmöglichkeit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Profitinteresses im kapitalistischen System. Sicher sind aber schon Teilaussagen oft hilfreich, die zeigen, von welchen Faktoren wiederum die Daten etwa des politischen Willensbildungsprozesses abhängen.

Hinter Präferenzen der Wähler für verschiedene Parteien stehen so die spezifischen Interessen, die in bestimmten Bevölkerungsgruppen dominieren, aber auch Manipulationen des politischen Bewußtseins und der Bedürfnisse. Typische Interessenlagen sind zweifellos gesellschaftlich strukturiert; das betrifft die Ziele, auf die das Interesse sich richtet, vor allem aber die verfügbaren Mittel. In vieler Hinsicht muß man Interessenlage daher mit Klassenlage gleichsetzen. Wenn ein bestimmtes Klasseninteresse in der Gesellschaft dominiert - und diese Folgerung ergibt sich schon aus dem Marxschen B e g r i f f der Klasse - , so können Maßnahmevorschläge, welche gegen dieses Klasseninteresse verstoßen, nicht durchgeführt werden oder werden in der Art der Ausführung sabotiert bzw. durch Gegenmaßnahmen aufgehoben. Allerdings ist ein Interesse, wie etwa das Kapitalinteresse, weil es sich aus Zweck-Mittel-Vorstellungen herleitet, so komplex, daß es eindeutig nur schwer zu umschreiben ist und der Interpretation breiten Spielraum läßt. Vielfach erwähnt wird als Beispiel die mangelnde Realisierbarkeit der Vollbeschäftigungspolitik, die auch Kaleckis erwähnter These

vom politisch-ökonomischen generierten Zyklus zugrundeliegt [20]. Trotz der mit steigender Beschäftigung zu erwartenden Gewinnsteigerung opponiert die Wirtschaft gegen eine Ausdehnung der Staatstätigkeit und bedient sich u. a. einer Doktrin der gesunden Finanzen als Gegenargument gegen Defizite der öffentlichen Haushalte; die soziale Funktion dieser Doktrin liegt vor allem darin, daß damit die Wirtschaftslage stärker vom Vertrauen der Geschäftswelt abhängig wird. Der Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben steht ferner entgegen, daß schließlich auch die Bereiche berührt werden, die bisher der privatwirtschaftlichen Aktivität vorbehalten waren. Schließlich könnte anhaltende Vollbeschäftigung auch die Disziplin und den Leistungswillen der Arbeiterschaft schwächen. Dominiert ein so umschriebenes Interesse, so kann die Realisierung einer wirtschaftspolitischen Konzeption, welche bestimmte Ziele durch ein typisches Maßnahmebündel erreichen will, an gesellschaftlichen Einflüssen, deren konkrete Ausprägung allerdings ebenso wie das Interessenbewußtsein mit der Wirtschaftslage variiert, scheitern.

Wie das herrschende Interesse sich solidarisch organisiert, auf welchen Wegen es sich durchsetzt, und wie es also konkret zum herrschenden wird, wird je nach methodologischem Standpunkt sehr verschieden erklärt: Für die orthodoxe ökonomische Theorie ist der Einzelunternehmer ein "free rider", was die Verfolgung von Klasseninteressen angeht; folglich müssen Theorien der Verbandsbildung aufgestellt und einzelne Transmissionsmechanismen zwischen organisierten Gewinninteressen und politischer Aktion aufgeklärt werden. Wie daraus ein Gesamtbild vom jeweils zu erwartenden Gestaltungswiderstand gewonnen werden könnte, ist weitgehend unklar. Für unorthodoxe politische Ökonomen genügen globale Behauptungen wie etwa Galbraith' These von der Verquickung zwischen der "Technostruktur" der Großunternehmungen und der Regierungsbürokratie, veranschaulicht an Beispielen [21].

Die Methode, eine Sache durch Abstraktion auf ihren richtigen Begriff zu bringen, von dem dann mit Richtigkeitsgarantie abgeleitet werden kann, wird vor allem vom Marxismus gepflegt. So impliziert Klassengesellschaft Herrschaft eben der herrschenden Klasse auch über den politischen Apparat. Konkrete historische Einzelfälle von politischem Einfluß oder nur Maßnahmen zugunsten gleich welcher Unternehmungen dienen als bestätigende Illustrationen, die durch Konkretion aus den grundlegenden Konzepten abgeleitet werden. Institutionen im politischen

Raum, vor allem solche, die an Einfluß tendenziell gewinnen, wie die Bürokratie, fungieren hier weitgehend als "abhängige Agentur der kapitalistischen Großwirtschaft" [22]. Fälle, auf die diese Behauptung in weitem Maße zutrifft, lassen sich zahlreich nachweisen. Ob hiermit tatsächlich Aussagen über die Grenzen denkbarer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, institutioneller Reformen und letztlich von Transformationschancen für die Gesellschaft als Ganzes gemacht werden können, hängt davon ab, wie gegenteilige Evidenz behandelt wird: als Anstoß zur Revision der Machbarkeitsvorstellungen, als Ausnahme, die an einer grundlegenden Tendenz und ihrer "empirischen Verifizierung" nichts ändert oder als Anstoß zu einer Immunisierung durch Erweiterung oder Uminterpretation des theoretischen Konzepts. Immunisierung bedeutet, daß einander völlig widersprechende Tatbestände mit dem theoretischen Begriffssystem vereinbar werden. Erweisen sich beispielsweise wettbewerbspolitische Vorschläge als undurchführbar oder unwirksam, so wird die These vom herrschenden Kapitalinteresse bestätigt. Erweist sich jedoch die Wettbewerbspolitik als wirksam und schädigt sie dabei die Interessen einzelner Kapitale, so ist dies immer noch vereinbar mit einer These von der Herrschaft eines ideellen Gesamtkapitalisten, zu dessen Gunsten gelegentlich Einzelkapitale geopfert werden. Die Geltungsebene solcher Aussagen ist nicht mehr die soziotechnisch verwertbaren Wissens, also eines auf Erfahrung gestützten Nachweises von Machbarkeit bzw. Gestaltbarkeit. Auch sind kaum noch Umstände angebbar, unter denen die Aussagen sich revidieren ließen.

Politökonomische Aussagen auch marxistischer Observanz müssen jedoch nicht dieses Typs sein, wie die sehr verschiedenen Ausprägungen einer Theorie des spätkapitalistischen Staates zeigen. Funktion und Existenz dieses Staates können z. B. auch hergeleitet werden aus dem zunehmenden Regelungs- und Koordinationsbedarf aller Lebenssphären der komplexen kapitalistischen Industriegesellschaften; einseitige Herrschaftsverhältnisse werden dann durch die Tätigkeit eines solchen Staates abgestützt oder erst hervorgebracht [23]. Generalisierende Behauptungen dieser Art stützen sich auf vielfach auf beobachtbare Tendenzen einer verstärkt interventionistisch-merkantilistischen Rolle des modernen Nationalstaates [24]. Tendenzaussagen an sich sind zwar unzureichend für für die Klärung der Erfolgsaussichten von Interventionen, zumal wenn sie aus einem zeitlich kurzen und regional begrenzten Stichprobenraum aus verallgemeinern [25], aber erklärende Theorien müssen mit beobachteten

Tendenzen vereinbar sind, sollen sie für eine Lehre von der Wirtschaftspolitik verwertet werden können. Die Skepsis vieler Richtungen der marxistischen politischen Ökonomie hinsichtlich der Steuerungsfähigkeit oder Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems stützt sich nicht auf eine Staatstheorie, die den Ansprüchen auf wirtschaftspolitische Verwertbarkeit genügt, wie denn überhaupt keine derartige Staatstheorie existiert. Dennoch vorhandene Aussagen über prinzipielle Unmöglichkeiten, etwa der "Entwicklung eines gesellschaft-ökonomischen Kalküls unter den Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion" [26], sind ohne ein Festmachen an möglichen Widerlegungs-Beobachtungen zunächst nur begriffsanalytischer Art. Auch ein Steuerungsskeptizismus umgekehrter Art, der auf der These von den destabilisierenden Wirkungen gewisser Staatsinterventionen gegenüber einem ansonsten stabileren privaten Sektor beruht [27], sagt nichts darüber aus, wie der Wirtschaftsablauf ohne die Ausübung der übrigen Funktionen des Staates aussehen würde (die nämlich dann ihrerseits Voraussetzung für eine relative Stabilität des privaten Sektors wäre). Da auch eine Wirtschaftssoziologie, welche den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Widerständen gegen einzelne konkrete sozialökonomische Gestaltungsversuche aufzuklären vermöchte, weitgehend fehlt, bleibt man auf diesem Gebiet wirtschaftspolitischer Analyse auf unorthodoxe ad hoc-Theorien und Auswertungen experimenteller Politik angewiesen.

5. Die normative Akzeptierbarkeit von Vorschlägen.

Die Einbeziehung gesellschaftlicher und politischer Faktoren soll nicht nur die Voraussagen über das Schicksal konzipierter Politiken verbessern, sondern auch zur Erhellung der den Politikvorschlägen zugrundeliegenden Wertungen beitragen. Das ist leicht einzusehen, was den instrumentellen und funktionellen Charakter der unterstellten Ziele angeht, die ja nicht nur Eigenwert besitzen, sondern auch Maßstäbe sind, an denen indirekt der Erfolg bei grundlegenderen Zielsetzungen gemessen werden soll. Die Bedeutung von Merkmalen der ökonomischen Lage, wie z. B. Beschäftigungsgrad, Grad der Stabilität von Einzeleinkommen, für Ziele wie "politische Stabilität", "soziale Zufriedenheit" läßt sich eigentlich nur über theoretische Vorstellungen vom Zusammenhang zwischen diesen Zielvariablen darstellen. Mehr Informationen über solche Zusammenhänge verbessern daher die Gewichtung von Zielmaßstäben, zeigen aber vielleicht auch die Notwendigkeit, vorher vernachlässigte

Ziele überhaupt erst zu berücksichtigen. Problematisch an dieser Betrachtungsweise ist die Voraussetzung, daß die Herstellung der Verbindungen zum politischen und gesellschaftlichen Bereich immer zu einem normativen Stratum führt, welches höhere Geltung beanspruchen kann. Charakteristischerweise landet man dann oft bei Werten der sozialen Integration, denen auch die Wirtschaftspolitik zu dienen hat, vor allem, indem sie die in der Bevölkerung verbreiteten Normen und Angemessenheitsvorstellungen berücksichtigt[28]. So richtig die sozialpsychologische Theorie vom Zusammenhang zwischen sozialer Integration und Erfüllungsgrad verbreiteter Normen sein mag, ist das Integrationsziel doch nicht selbstevident, sondern kommt es vielmehr einer Stellungnahme zugunsten der im funktionierenden Sozialsystem privilegierten Gruppen gleich.

Der Theoretiker der Wirtschaftspolitik kann daher zwar den Weg zu einer sozialwissenschaftlichen Bereicherung der Normvorstellungen zeigen, gewinnt aber auf diesem Wege keineswegs mit besserem Gewissen vertretbare Wertungen. Das gleiche gilt von allgemein akzeptablen Mindestnormen oder Möglichkeiten eines erleichterten Konsenses, welche durch politikwissenschaftliche und soziologische Forschung zutage gefördert werden. Dabei ist überdies nicht nur an ausdrücklich in der wirtschaftspolitischen Problemformulierung enthaltene Zielgrößen zu denken, sondern auch an die normativen Probleme, die mit der Problemabgrenzung, Konzeptualisierung usw. verbunden sind. So lassen sich auf diese Weise sicher auch zusätzliche Gesichtpunkte für die Relevanz oder Irrelevanz der behandelten Probleme gewinnen, d a s Relevanzproblem wird damit aber keineswegs lösbar, gibt es doch keine Garantie dafür, daß die Orientierung von Fragestellungen (hier der theoretischen Wirtschaftspolitik) an noch so dringenden Sozialproblemen auch zu relevanten Politikvorschlägen führt, oder daß umgekehrt nicht problemorientierte Forschungen für die Praxis keine wichtigen Konsequenzen haben könnten [29].

Nur solche Richtungen der politschen Ökonomie, welche aus den gesellschaftlichen Analysen nicht nur andere normative Strata erschließen, sondern überhaupt erst Normen gewinnen wollen, können beanspruchen, die Frage normativer Akzeptierbarkeit für sich gelöst zu haben. Ein erster Schritt in dieser Richtung ist die ideologiekritische Aufdeckung verdeckter Wertaussagen einschließlich ihres sozialen Hintergrundes, die aber von vielen Forschungsrichtungen her erfolgen kann. Wenn darüber hinaus Gesellschaftsanalyse den eigenen Standort im sozialen Prozeß

sowohl erklärt als auch das eigene Programm rechtfertigt, ist auf dialektischem oder ontologischem Wege Analyse und Wertung, Theorie und Praxis verbunden worden. Dazu muß ein Tatbestand hinter dem, was er ist oder als was er erscheint, das verbergen, "was er eigentlich werden will" und wozu ihm dann politische Aktion verhelfen kann. Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, nach welchen die Geschichte zu einer besseren sozialistischen Ordnung hinführt, beinhalten so die Möglichkeit und damit zugleich den einzig sinnvollen Imperativ, ihren Vollzug zu beschleunigen. Auch bei der Frage nach der normativen Akzeptierbarkeit erweisen sich also marxistische und verwandte Konzeptionen von politischer Ökonomie als die einzigen, die alle hier aufgeworfenen Fragen zu lösen versprechen.

6. Aufhebung oder Erweiterung der theoretischen Wirtschaftspolitik?

Wenn die aufgeworfenen Fragen nun aber dadurch gelöst werden, daß die Theorie schon Praxis sein muß, weil sie Rezepte aus gesellschaftlicher Analyse gewinnt und selbst Ausfluß gesellschaftlicher Vorgänge ist, so wird offenbar die theoretische Wirtschaftspolitik hinfällig. Sie wird "von einer anders interpretierten und konzipierten politischen Ökonomik völlig verdrängt" [30]. Man kann dies auch als Regreßproblem sehen: Wird die Wirtschaftspolitik einschließlich der politischen Willensbildung und ihren gesellschaftlichen Hintergründen zum Gegenstand der Analyse, da nur so die Durchführbarkeit von Programmen letztlich geklärt werden kann, wo bleibt dann das Subjekt einer Kunstlehre, die diese Erkenntnisse anwendet, zumal wenn der Analytiker sich selbst als Akteur im sozialen Prozeß begreift? Die Frage stellt sich realiter glücklicherweise nicht so radikal, weil de facto keine wissenschaftstheoretische Konzeption das Durchführbarkeitsproblem völlig abklären kann, auch wenn sie diesen Anspruch erhebt. Das gilt schon allein deshalb, weil ein gewisser Grad an Arbeitsteilung zwischen mehr analytisch und mehr praktisch orientierten Rollen angesichts der Komplexität der Steuerungsaufgaben stets bestehen wird, aber auch deshalb, weil die anspruchsvollsten Konzepte (marxistischen Typs) weite Interpretationsspielräume haben und Detailfragen allein aus sich heraus nicht eindeutig beantworten. Es wird also weiterhin Vorschläge geben, die ihre eigene Durchsetzbarkeit nicht schon vorgeklärt haben und die daher nicht schon gesicherte Aktion sind. Selbst revolutionäre Bewegungen haben neben ihrer Avantgarde ihre nicht direkt in Aktion verwickelten Analytiker. Jede Praxis benötigt Sozialtechniken, die oft nur mühsam vom Experten zu entwickeln

sind und für welche eine politische Ökonomie totalen Anspruchs meist nur den Problemrahmen liefert, wie das Beispiel der Planungstechniken für sozialistische Länder deutlich zeigt. Solche Sozialtechniken, die auch partielle Durchsetzungstechniken sein können, entsprechen aber dem Grundzug der theoretischen Wirtschaftspolitik, Programmvorschläge zu entwickeln und zu prüfen, ohne daß im Rahmen der gleichen Analyse die Fragen der Zielsetzung und der Umsetzung in Praxis schon restlos mitgeklärt werden könnten. Voraussetzung für das Weiterbestehen einer theoretischen Wirtschaftspolitik ist aber ihre Anreicherung durch Rezeption von Ergebnissen der politischen Ökonomie, damit die Entscheidungsprämissen realistischer und die Vorschläge der Theoretiker der Wirtschaftspolitik eher realisierbar werden - zum Nutzen der Gesellschaft und, nebenbei, zugleich auch des Ökonomen.

Fußnoten:

1) S. den Überblick bei Bruno S. Frey, Die Renaissance der politischen Ökonomie, Schweiz. Zeitschr. f. Volkswirtschaft u. Statistik, Jg.1974, S. 357 ff.

2. Zur Unentbehrlichkeit von Werturteilen in der politischen Ökonomie vgl. etwa Peter Bernholz, Grundlagen der Politischen Ökonomie, 1. Bd., Tübingen 1972, S. 20 ff., sowie Klaus Heinemann, Politische Ökonomie - heute, Tübingen 1974, S. 18 ff.

3) Bekanntlich hat gerade Karl Schiller diese Programmatik für sich selbst und die ökonomische Wissenschaft explizit gemacht in seiner exemplarischen Rede "Der Ökonom und die Gesellschaft", abgedruckt in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1. Jg., Tübingen 1956.

4) Vgl. aber Klaus Heinemann, Zum Verhältnis von Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftssoziologie und politischer Ökonomie, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 23 (1972), S. 301 ff.

5) Zu diesen beiden Arten von Einschränkungen und ihrer Bedeutung für die Entwicklung auch ordnungspolitischer Alternativen siehe etwa Hans Albert, Aufklärung und Steuerung, Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim, 22. Jg. (1973), S. 11.

6) Vertreten z. B. in dem Buch von Silvio Borner, Wissenschaftliche Ökonomik und politische Aktion, Bern und Stuttgart 1975, passim.

7) Vgl. den Beitrag von Adolf Nußbaumer, Die Bedeutung "strategischen Verhaltens" für die Systematik der Wirtschaftsordnungen, in: Ernst Dürr, Walter A. Jöhr und Kurt W. Rothschild (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Berlin-München 1975, S. 31 ff. Ein hoffnungsvolles Zeichen für das Abgehen von einem utopischen Rationalismus in der Theorie gesamtwirtschaftlicher Planung kann auch in den umfangreichen Untersuchungen möglicher Algorithmen des Planungsprozesses gesehen werden. S. den Überblick bei Leonid Hurwicz, The Design of Mechanisms for Resource Allocation, American Economic Rev., Vol. 63 (1973), Papers and Proceedings, S. 1 ff.

8) Ernst Heuss, die Vorstellung von der Machbarkeit in der Wirtschaftspolitik, in: Ernst Dürr, Walter A. Jöhr und Kurt W. Rothschild (Hrsg.), op. cit., S. 26 - 28.

9) Das hat vor allem Hans Albert besonders herausgearbeitet. Vgl. seinen Beitrag: Ordnung ohne Dogma - Wissenschaftliche Erkenntnis und ordnungspolitische Entscheidung, in: Erich Arndt, Wolfgang Michalski und Bruno Molitor (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft - Ordnung ohne Dogma, Tübingen 1974, S. 3 ff., insbesondere S. 20.

10) Vgl. die Zusammenstellung von Wirkungsmaßen bei Erik Gørtz, Measures of the Effects of Economic Policy, Odense 1973.

11) Michael Kalecki, Political Aspects of Full Employment Political Quarterly, Vol. 14 (1943), S. 322 ff. und Johan Åkerman, Political Economic Cycles, Kyklos, Bd. 1 (1947), S. 107 ff.

12) Siehe etwa Bruno S. Frey und Friedrich Schneider, An Econometric Model with an Endogenous Government Sector, Diskussionsbeitrag Nr. 59 des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz, März 1975.

13) Siehe eine Zusammenfassung seiner Kritik an der gesamtwirtschaftlichen Maximierung seiner kontraktuellen Auffassung von politischer Ökonomie neuerdings in: James M. Buchanan, A Contractarian Paradigm for Applying Economic Theory, American Economic Review, Vol. 65 (1975), Papers and Proceedings, S. 225 ff.

14) Michael J. Sharpston, Die politische Ökonomie der Fertigwarenimporte aus Entwicklungsländern, Finanzierung und Entwicklung, 11. Jg. (1974) Nr. 4, S. 32.

15) Siehe die Vorliebe der Mehrheit für Garantien für die eigene Gruppe im Vergleich zu einer allgemeinen Eigentumsgarantie bei Erich Streißler, Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie, Zürich 1973.

16) Vgl. etwa eine Darstellung des Interaktionsverhältnisses bei Gunther Engelhardt, Politik und Wissenschaft, Zeitschrift für Politik, Bd. 21 (1974), S. 83 - 87 oder der Integration der Beratung in den politischen Prozeß bei Silvio Borner, op. cit. S. 137 ff.

17) Vgl. das Modell wirksamer Beratung von Henry C. Wallich, The American Council of Economic Advisers and the German Sachverstaendigenrat. A Study in the Economics of Advice, Quarterly Journal of Economics, Vol. 82 (1968), S. 350 f.

18) Für solche Vorschläge siehe Robert McKean, Propery Rights Within Government and Devices To Increase Governmental Efficiency, South. Economic Journal, Vol. 39 (1972), S. 177 ff.

19) Für eine entsprechende Deutung des Notenbankverhaltens siehe Keith Acheson und John F. Chant, Bureaucratic Theory and the Choice of Central Bank Goals: The Case of the Bank of Canada, Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 5(1973), S. 637 ff.

20) Vgl. die Darstellung bei George R. Feiwel, Kaleckis Theory of Political Business Cycle, Kyklos, Vol. 27 (1974), S. 21 ff., Zur politischen Durchsetzbarkeit von Vollbeschäftigung, insbesondere S.24 ff.

21) Siehe John Kenneth Galbraith, Economics aud the Public Purpose, Boston 1973. Zur Kritik dieser Vorgehensweise siehe meinen Beitrag, On the Methodology and Political Economy of Galbraithian Economics, Kyklos, Vol. 27 (1974), S. 705 ff.

22) Joachim Hirsch, Funktionsveränderungen der Staatsverwaltung in spätkapitalistischen Industriegesellschaften, Blätter für deutsche und internationale Politik, Band 14 (1969), S. 163.

23) Vgl. die Analyse von Claus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Gisela Kress und Dieter Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1969.

24) Siehe eine Zusammenfassung solcher Tendenzen bei Assar Lindbeck, The Changing Role of the National State, Kyklos, Vol. 28 (1975), S. 23 ff.

25) Siehe etwa die Folgerungen Mandels aus den Erfahrungen eines Zyklus in: Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise. Lehren der Rezession 1966/67, Frankfurt (Main) 1969.

26) So Frieder Naschold und Werner Väth, Politische Planungssysteme im entwickelten Kapitalismus, in: dieselben (Hrsg.), Politische Planungssysteme, Opladen 1973, S. 18.

27) Diese These wird für die staatliche Geldpolitik, vor allem in der Weltwirtschaftskrise und den folgenden Jahren u. a. vertreten von Karl Brunner, The Role of Money and Monetary Policy, Review of the Federal Reserve Bank of St. Louis, July 1968, sowie ders., A Survey of Selected Issues on Monetary Theory, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1971, hier S. 76 und 102.

28) Diese Auffassung wird z. B. vertreten, vor allem, was die Verteilungsziele anbelangt, von Burkhard Strümpel; siehe seine Problemskizze:Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaften, Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 4. Jg. (1975), S. 365 ff.

29) Siehe die Argumente gegen Relevanz-Bindungen bei Hans Albert, Aufklärung und Steuerung, op. cit., S. 21 - 22.

30) So Hanns Abele, Die Zukunft theoretischer Wirtschaftspolitik angesichts wirtschaftlicher Krisenstimmung und Kritik an der nationalökonomischen Theorie, in: Ernst Dürr, Walter A. Jöhr und Kurt W. Rothschild (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, op. cit., S. 21.